

Was wirklich geschah – Eine vollständige Darstellung zum Schliessungsentscheid der Schule Unterbach

→ Schule Unterbach bleibt offen!

Inhaltsverzeichnis

A. Öffentliche Aussagen des Schulpräsidenten und deren Einordnung	4
A 1 Ausgangsargument: „Der Weitererhalt ist zu teuer“	4
„Zu teuer“ – die zentrale Behauptung ohne jede Rechnung	4
A 2 Schülerzahlen und Einzugsgebiet	4
Prognosen statt Fakten – wie mit unbelegten Annahmen eine Schliessung begründet wird	4
A 3 Kostenstruktur und Klassenform	6
„Zu teuer“ konstruiert – wie eine Tagesschule mit falschen Vergleichen schlechtgerechnet wird	6
A 4 Nutzung von Betreuung und Mittagstisch	6
Einseitig dargestellt – statt Lösungen zu prüfen, wird das Modell schlechtgeredet	6
A 5 Zustand des Schulhauses	7
„Grosser Sanierungsbedarf“ – ein starkes Wort ohne belegte Zahlen	7
A 6 Gespräche und Dialog	7
„Wir waren immer gesprächsbereit“ – aber nie über den Entscheid selbst	7
A 7 Wohl der Kinder	8
„Das Wohl der Kinder leidet nicht“ – eine Behauptung ohne jede pädagogische Grundlage	8
A 8 Integration und Sonderpädagogik	8
Zahlen werden relativiert – aber eigene Zahlen fehlen vollständig	8
A 9 Politische Einordnung	10
Hypothetische Aussagen statt überprüfbarer Fakten	10
A 10 Gesamtbeurteilung	10
Viele starke Worte – aber keine tragfähige Grundlage	10
Einleitung: Warum wir jetzt die gesamte Geschichte offenlegen	11
1. Der Schliessungsentscheid basiert auf falschen Investitionskosten	12
1.1 Das pädagogische Konzept wurde uns nicht von der Schulpflege übergeben – wir erhielten es erst durch Dritte	12
1.2 Die Schulpflege wollte dieses Konzept nie umsetzen	12
1.3 Die Schulpflege kommunizierte trotzdem öffentlich die 720'000 Franken als zwingenden Aufwand	13
1.4 Die realen Kosten betragen 287'000 Franken	13
1.5 Damit fehlt dem Schliessungsentscheid die sachliche Grundlage	13
2. 2023–2024: Die IG warnte früh – wurde aber systematisch ignoriert	14
2.1 Die IG suchte sofort den Kontakt	14

2.2 Die Schulpflege verweigerte jede Anhörung	14
2.2.1 Die Schulpflege erkennt bis heute die Dimension ihres eigenen Entscheids.....	14
2.3 Die IG verfügte über 20–30 Jahre Erfahrung – die Schulpflege war grösstenteils neu.....	15
2.4 Die Arbeitsgruppe wurde von einer Schulpflegerin geleitet, die neu im Amt war	15
3. Ein Entscheid ohne Schulraumstrategie – und ein Jahr später gibt es sie immer noch nicht	16
3.1 Der Entscheid vom 5. Dezember 2024 fiel ohne Schulraumplanung	16
3.2 Erst im August 2025 wurden 85'000 Franken für eine externe Schulraumstrategie von der Schulpflege beschlossen.....	16
3.3 Die Eltern wurden in der Luft hängen gelassen	16
3.4 Wernetshausen ist überfüllt – und trotzdem soll es Kinder aufnehmen.....	17
4. Warum dieser Entscheid wirklich gefällt wurde – das Finanzproblem der Schulpflege	18
4.1 Die Schulgemeinde Hinwil hatte ein massives Budgetproblem	18
4.2 Die Kommunikation an der Budget-GV war katastrophal	18
4.3 Die Schliessung Unterbach sollte als Sparmassnahme verkauft werden	19
4.4 Die wahren Kostentreiber liegen ganz woanders	19
4.5 Die Schulschliessung ist keine Sparmassnahme – sondern ein Kostenverstärker	20
5. Die Mediation – ein Jahr voller Blockaden	21
5.1 Juni 2025 – Mediation und Stillhalteabkommen beschlossen	21
5.2 Juli 2025 – Die erste „Mediation“ war eine Scheinveranstaltung.....	21
4.2.1 Viele Schulpflegemitglieder kannten die Entscheidungsgrundlagen nicht	21
5.3 Erst Ende Oktober – 288 Tage nach dem Entscheid – fand eine echte Mediation statt.....	21
5.4 Nach der Mediation mussten beide Seiten entscheiden, wie es weitergeht	22
6. Die Schulpflege brach den Dialog endgültig ab – genau in dem Moment, als Lösungen auf dem Tisch lagen.....	23
6.1 Die Rekurrenten und die IG hätten den Rekurs jederzeit sistiert – wenn echte Gespräche möglich gewesen wären	23
7. Der Rekurs – und die erneute Verweigerung der Schulpflege.....	25
7.1 Rekurrenten boten mehrfach Sistierung an – die Schulpflege lehnte jedes Mal ab	25
7.2 Schulpflege versucht das Verfahren zu beschleunigen – um inhaltliche Klärung zu verhindern	25
7.3 Der Versuch, den Rekurs abzuwürgen	26
8. Weitere gravierende Widersprüche und Fehlbegründungen	27
8.1 Schülerzahlen – das Narrativ „Unterbach hat zu wenig Kinder“ ist falsch	27
8.2 Das Argument „Andere Aussenwachten werden gestärkt“ ist widersprüchlich	28
8.3 Die Schliessung ist teurer als der Weiterbetrieb	28
8.4 Die Schulpflege bekämpft den Rekurs nicht inhaltlich – sondern nur formal	28

9. Zwei Punkte, die uns besonders betroffen machen	30
9.1 Erstens: Die Schulpflege – und insbesondere der Schulpräsident – wollten nie mit uns reden	30
9.2 Der Entscheid beruhte auf falschen Behauptungen und nicht auf Fakten	30
10. Schlussfolgerung: Der Schliessungsentscheid ist inhaltlich falsch, demokratisch falsch und organisatorisch falsch	31
11. Wie weiter? – Der klare Weg der IG Schule Unterbach	32
12. Entwicklungen seit dem 25. November 2025 – was seither zusätzlich geschehen ist	33
12.1 Ein Entscheid ohne Grundlage – und trotzdem wird er weiter durchgezogen	33
12.2 720'000 Franken – die zentrale Begründung zerfällt vollständig	33
12.3 Die Argumentation kippt – aber eine Erklärung bleibt aus	34
12.4 Schulraum wird knapp – und genau dieser wird geschlossen	34
12.5 Mehr Kinder, mehr Bedarf – aber weniger Schulraum	34
12.6 Umsetzung trotz laufendem Verfahren – Fakten werden geschaffen	35
12.7 Die Schliessung läuft bereits – obwohl sie noch gar nicht entschieden ist	35
12.8 Widerstand wächst – weil die Fakten nicht beantwortet werden	35
Fazit: Der Entscheid wird schwächer – aber nicht hinterfragt	36

A. Öffentliche Aussagen des Schulpräsidenten und deren Einordnung

Im Rahmen der medialen Berichterstattung hat sich Schulpflegepräsident Thomas Ludescher erneut öffentlich zur Schliessung der Schule Unterbach geäussert.

Diese Aussagen sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie in der Öffentlichkeit als sachliche Begründung einer Behörde wahrgenommen werden. Für Leserinnen und Leser entsteht dadurch der Eindruck, die Argumente seien fundiert, geprüft und belastbar. Eine genauere Analyse zeigt jedoch ein anderes Bild: In mehreren zentralen Punkten handelt es sich um starke Behauptungen, denen konkrete Zahlen, nachvollziehbare Grundlagen oder konsistente Argumentationen fehlen.

A 1 Ausgangsargument: „Der Weitererhalt ist zu teuer“ „Zu teuer“ – die zentrale Behauptung ohne jede Rechnung

Der Schulpräsident begründet den Schliessungsentscheid mit dem Argument, der Weitererhalt der Schule Unterbach sei zu teuer. Diese Aussage wirkt klar und nachvollziehbar. Sie suggeriert, dass eine saubere Kostenrechnung vorliegt, die diesen Schluss zwingend macht.

Gerade diese Grundlage fehlt jedoch. Es werden weder konkrete Zahlen genannt noch Berechnungen offengelegt oder Vergleichswerte präsentiert. Für die Öffentlichkeit bleibt völlig unklar, wie diese Einschätzung zustande kommt und worauf sie basiert.

Demgegenüber liegen konkrete Zahlen vor, die zeigen, dass die realen Unterhalts- und Sanierungskosten bei rund 287'000 Franken liegen. Gleichzeitig wurde die ursprünglich kommunizierte Zahl von 720'000 Franken als Grundlage des Entscheids bereits widerlegt.

Damit entsteht ein klares Ungleichgewicht: Während die IG mit überprüfbaren Zahlen argumentiert, bleibt die zentrale Aussage der Schulpflege eine unbelegte Behauptung.

A 2 Schülerzahlen und Einzugsgebiet

Prognosen statt Fakten – wie mit unbelegten Annahmen eine Schliessung begründet wird

Der Schulpräsident argumentiert, Unterbach habe das kleinste Einzugsgebiet und die Schülerzahlen würden weiter sinken.

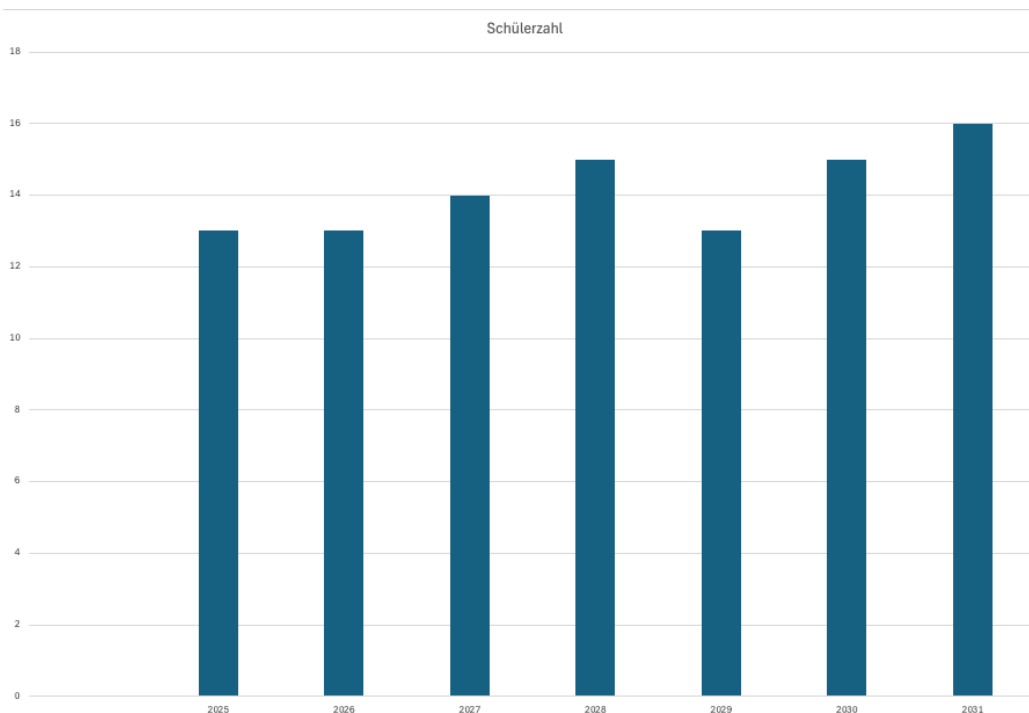
Diese Aussage ist bei genauer Betrachtung in mehrfacher Hinsicht problematisch. Zunächst wird die Grösse eines Einzugsgebiets mit der Anzahl Schülerinnen und Schüler gleichgesetzt. Für eine Schule ist jedoch nicht die Fläche entscheidend, sondern die tatsächliche Anzahl Kinder und deren Entwicklung, sowie Anzahl Wohneinheiten.

Noch gravierender ist die Aussage, die Schülerzahlen würden sinken. Hier wird eine Zukunftsprognose formuliert, ohne dass eine Datengrundlage, Szenarien oder nachvollziehbare Berechnungen offengelegt werden. Es handelt sich um eine Behauptung über die Zukunft, die als faktische Entwicklung dargestellt wird, ohne dass sie überprüfbar ist.

Demgegenüber stehen konkrete Kenntnisse über die Kinder im Einzugsgebiet sowie stabile Zahlen. Rückgänge sind direkt im Zusammenhang mit der angekündigten Schliessung zu sehen und nicht Ausdruck einer strukturellen Entwicklung.

Damit wird ein verzerrtes Bild erzeugt: Eine unsichere Prognose wird als scheinbar gesicherte Grundlage für einen weitreichenden Entscheid verwendet.

Oder noch zugespitzter gesagt: liebe Schulpflege, wir haben die Zahlen, wir haben aber hinter den Zahlen die einzelnen Kindernamen. Wenn nun der Schulpräsident sagt, dass die Schülerzahlen in den nächsten Jahren abnehmend sind, ist das schlichtweg nicht die Wahrheit gesagt!



A 3 Kostenstruktur und Klassenform

„Zu teuer“ konstruiert – wie eine Tagesschule mit falschen Vergleichen schlechtgerechnet wird

Ein weiteres Argument betrifft die angeblich besonders kostenintensive Struktur der Schule Unterbach. Es wird von der „ressourcenintensivsten Klassenform“ gesprochen.

Diese Aussage ist in ihrer Wirkung stark, bleibt aber ohne Kontext und ohne Zahlen. Es wird nicht aufgezeigt, wie hoch die effektiven Kosten sind, wie sie sich zusammensetzen und wie sie im Vergleich zu anderen Schulen zu bewerten sind.

Besonders problematisch ist, dass hier eine Tagesschule mit einem spezifischen pädagogischen Modell mit einer klassischen Schulstruktur verglichen wird. Ein solcher Vergleich ist sachlich nicht korrekt, da unterschiedliche Schulformen unterschiedliche Anforderungen und Zielsetzungen haben.

Hinzu kommt ein interner Widerspruch: Im Schliessungsprotokoll vom 5. Dezember 2024 hält die Schulpflege selbst fest, dass Aussenwachtenschulen nur unwesentlich teurer seien. Öffentlich wird Unterbach jedoch als besonders kostenintensiv dargestellt.

Diese widersprüchliche Argumentation zeigt, dass hier nicht mit konsistenten Grundlagen gearbeitet wird, sondern mit zugespitzten Darstellungen.

A 4 Nutzung von Betreuung und Mittagstisch

Einseitig dargestellt – statt Lösungen zu prüfen, wird das Modell schlechtgeredet

Weiter wird argumentiert, der Mittagstisch und die Betreuung würden kaum genutzt, Personal müsse jedoch trotzdem bereitgestellt werden.

Auch hier fehlen die entscheidenden Grundlagen. Es werden keine Nutzungszahlen genannt, keine Kostenrelation aufgezeigt und keine Entwicklungsmöglichkeiten diskutiert.

Hat sich die Schulpflege überhaupt einmal Gedanken gemacht, ob es für Unterbach eine andere Schulform geben könnte? Vor allem wurden alternative Modelle oder Weiterentwicklungen nie ernsthaft geprüft.

Genau darum verlangten wir vor dem Schliessungsentscheid eine Aussprache, welche uns vom Schulpräsidenten versprochen wurde, aber nicht gewährt wurde.

Damit entsteht der Eindruck, ein bestehendes Modell werde im Nachhinein als ungenügend dargestellt, ohne dass zuvor ernsthaft versucht wurde, es weiterzuentwickeln oder anzupassen.

A 5 Zustand des Schulhauses

„Grosser Sanierungsbedarf“ – ein starkes Wort ohne belegte Zahlen

Der Schulpräsident beschreibt das Schulhaus als „in die Jahre gekommen“ und spricht von einem „grossen Sanierungsbedarf“.

Solche Formulierungen haben eine starke Wirkung. Sie suggerieren eine Situation, die dringenden und erheblichen Handlungsbedarf erfordert. Gerade deshalb wäre es notwendig, diese Aussagen mit konkreten Zahlen, Zustandsanalysen und Vergleichswerten zu belegen.

Dies geschieht nicht. Es bleibt bei allgemeinen Aussagen, ohne dass die tatsächlichen Kosten und deren Einordnung offengelegt werden.

Dabei ist der Kontext entscheidend: In der Gemeinde bestehen an verschiedenen Standorten erhebliche Investitionsbedarfe in ganz anderen Grössenordnungen. Vor diesem Hintergrund wirken die für Unterbach realistischen Kosten von rund 287'000 Franken nicht aussergewöhnlich.

Wenn bei einem Budget von weit über 30 Mio. im Jahr 2025 noch 250'000.- Investitionen gemacht werden und dies vom Schulpräsidenten noch stolz kommuniziert wird, ist es fraglich, wie die Finanzen in der Schulgemeinde verwaltet werden.

Ohne diese Einordnung entsteht ein verzerrtes Bild, bei dem ein überschaubarer Unterhaltsbedarf als grosses Problem dargestellt wird.

A 6 Gespräche und Dialog

„Wir waren immer gesprächsbereit“ – aber nie über den Entscheid selbst

Der Schulpräsident erklärt öffentlich, die Schulpflege sei jederzeit zu Gesprächen bereit gewesen.

Diese Aussage ist formal nachvollziehbar, trifft jedoch den Kern der Situation nicht. Entscheidend ist nicht, ob Gespräche stattgefunden haben, sondern worüber gesprochen werden durfte.

Gespräche wurden im Wesentlichen dann geführt, wenn es um die Umsetzung der Schliessung ging. Dort, wo es um die eigentliche Entscheidung selbst ging – also um Kosten, Alternativen, Schülerzahlen und mögliche Lösungen – wurde eine inhaltliche Diskussion verweigert oder abgebrochen.

Seit 2023 haben wir den Schulpräsidenten um eine Anhörung gebeten, bevor der Entscheid fallen würde. Dies wurde uns auch versprochen und wir waren guter Hoffnung auf ein Gespräch. Diese Anhörung wurde uns schlussendlich verweigert.

Die Aussage der Gesprächsbereitschaft ist deshalb irreführend. Sie verschleiert, dass es keinen offenen Dialog über die entscheidenden Fragen gab.

A 7 Wohl der Kinder

„Das Wohl der Kinder leidet nicht“ – eine Behauptung ohne jede pädagogische Grundlage

Der Schulpräsident betont, das Wohl der Kinder werde durch die Schliessung nicht beeinträchtigt.

Diese Aussage ist von grosser Tragweite, da sie den zentralen pädagogischen Aspekt betrifft. Umso erstaunlicher ist es, dass sie ohne jede fachliche Grundlage gemacht wird. Es gibt genügend Studien, derer Wichtigkeit eines Schulweges für das Kind bedeutet.

Wenn Kinder nun mit dem Schulbus herum gefahren werden und bis zu fast einer Stunde vor dem Schulhaus warten müssen, ist das wohl nicht eine zufriedenstellende Lösung.

Es werden keine Studien, keine pädagogischen Einschätzungen und keine konkreten Abklärungen genannt. Gleichzeitig werden zentrale Faktoren ausgeblendet:

- längere Schulwege
- veränderte soziale Strukturen
- grössere Klassen
- Verlust individueller Förderung

Gerade in Aussenwachen hat die Schule eine wichtige soziale und pädagogische Funktion. Diese wird in der Aussage nicht berücksichtigt.

Damit bleibt die Behauptung eine unbelegte Versicherung, die den tatsächlichen Auswirkungen nicht gerecht wird.

A 8 Integration und Sonderpädagogik

Zahlen werden relativiert – aber eigene Zahlen fehlen vollständig

Die Aussagen zur Integration werden mit dem Hinweis relativiert, die entsprechenden Zahlen seien alt und nicht überprüfbar.

Diese Argumentation ist unvollständig. Zwar wird die Gegenseite in Frage gestellt, gleichzeitig werden jedoch keine eigenen Zahlen, Analysen oder Gegenrechnungen präsentiert.

Der Schulpräsident bezieht sich auf diese nach seiner Sicht «veraltete» Zahlen:

Integrierte Sonderschulungen mit Kosteneinsparnissen

Jahr	Name/Vorname	Schulhaus von - nach	Jahre	Vermutliche Kosten bei ausw. SoSchul.
2001	KS	Wernetshausen – Unterbach	3	105'000.00
2003	HS	Oberdorf – Girenbad	4	140'000.00
2004	GM	Meiliwiese – Ringwil	4	28'000.00
2004	TL	Meiliwiese – Girenbad	3	258'000.00
2004	TJ	Oberdorf – Unterholz	3	180'000.00
2005	EA	Bäretswil – Unterbach	3	258'000.00
2006	HM	Wernetshausen – Girenbad	4	60'000.00
2006	AM	Hadlikon – Meiliwiese – Unterbach	4	180'000.00
2008	FL	RGZ – Ringwil	3	75'000.00
2009	SA	Meiliwiese – ext. So.Schul. – Unterbach	1/2	40'000.00
2009	SO	Oberdorf – Unterbach	1	~10'000.00
2009	LM	Ringwil	2	14'000.00
2010	TR	Hadlikon – Girenbad	Neu	
2010	DP	Meiliwiese – Girenbad	Neu	
2010	MS	Oberdorf – Girenbad		
Total				1'348'000

- Mündliche Detailauskünfte über die einzelnen Kinder bei Heinz Egli erhältlich
- Bei den einzelnen Kindern ist es natürlich z.T. schwierig zu sagen, ob sie wirklich eine SO-Schulung hätten haben müssen. Aus Erfahrung kann ich aber sagen, dass bei den Fällen, wo ich dabei war, ganz klar unter anderen Umständen eine So-Schulung nötig gewesen wäre. Die LP, der Standort und das dahinter stehen der Schulpflege ermöglichten eine integrierte Sonderschulung (ISS).
- Eltern wurden immer ganz intensiv in den Prozess mit einbezogen. Eine ISS gelingt nur, wenn ALLE Beteiligten intensiv am gleichen Strick ziehen und das Know-how der Schule – sprich SL und LP – vorhanden ist.

100913/he

Wenn nun diese Zahlen genauestens vorliegen und die Kosten um das mindestens Doppelte gestiegen sind, wäre es auch für den Schulpräsidenten einfach nachzuvollziehen, dass die Aussenwachtenschulen heute noch mehr sparen und sie dadurch noch viel mehr eine Existenzberechtigung haben.

Bekannt ist, dass die Sonderpädagogikkosten in den letzten Jahren um das zwei- bis dreifache gestiegen sind. Gerade dies legt nahe, dass stabile und überschaubare Schulstrukturen eine wichtige Rolle spielen können.

Ohne eigene Zahlen bleibt die Aussage der Schulpflege eine Gegenbehauptung ohne Substanz.

A 9 Politische Einordnung

Hypothetische Aussagen statt überprüfbarer Fakten

Der Schulpräsident erklärt, wäre es ihm um die Wahl gegangen, hätte er den Entscheid verschoben.

Fakt ist jedoch, dass nach den letzten Wahlen damit angefangen wurde, eine Aussenwachtenschule abwürgen zu wollen. Ludescher sagt ja selbst, dass er über den Widerstand überrascht war. Und wir sagen, dass er darum auch nicht damit gerechnet hat, dass es so lange geht bis zu den jetzigen Wahlen.

Diese Aussage ist hypothetisch und nicht überprüfbar. Sie dient in erster Linie der eigenen Darstellung und trägt nichts zur sachlichen Klärung bei.

Gleichzeitig zeigt sie, dass die politische Dimension des Entscheids bewusst ist. Der Entscheid steht im Kontext eines Wahljahres und eines anhaltenden Konflikts.

Statt zur Klärung beizutragen, lenkt diese Aussage von den eigentlichen inhaltlichen Fragen ab.

A 10 Gesamtbeurteilung

Viele starke Worte – aber keine tragfähige Grundlage

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich ein klares Muster:

Es werden starke Aussagen gemacht – zu Kosten, Schülerzahlen, Zustand des Gebäudes, Kindeswohl und Gesprächsbereitschaft. Diese Aussagen wirken klar und überzeugend, werden jedoch nicht durch konkrete Zahlen, nachvollziehbare Analysen oder transparente Grundlagen gestützt.

Dadurch entsteht in der Öffentlichkeit ein Bild von Klarheit und Sachlichkeit, das einer genaueren Prüfung nicht standhält.

Gerade deshalb ist es entscheidend, diesen Aussagen die tatsächlichen Fakten, Abläufe und Zahlen gegenüberzustellen. Denn erst diese Gegenüberstellung zeigt, dass der Schliessungsentscheid nicht auf einer belastbaren Grundlage basiert, sondern auf einer Reihe von unbelegten oder widersprüchlichen Annahmen.

Einleitung: Warum wir jetzt die gesamte Geschichte offenlegen

Vor einem Jahr entschied die Schulpflege Hinwil, die Schule Unterbach zu schliessen – ein Standort, der 170 Jahre lang existierte, funktionierte und für die Gemeinde ein bedeutender Mehrwert war.

Seit diesem Entscheid versuchte die IG Schule Unterbach ununterbrochen:

- das Gespräch zu suchen
- Fakten einzubringen
- Missverständnisse auszuräumen
- Lösungsvorschläge zu unterbreiten
- eine Mediation zu ermöglichen
- Transparenz zu schaffen
- und einen Weg zu finden, der *allen* dient – Kindern, Eltern, Gemeinde und Schulpflege.

Doch die Schulpflege – insbesondere der Schulpräsident – verweigerte diesen Dialog weitgehend.

Nach fast einem Jahr Blockade, Verzögerungen, verweigerter Anhörung, einer gescheiterten Mediation und einem Abbruch aller Gespräche sind wir an dem Punkt angelangt, an dem wir alles offenlegen wollen.

„Die IG Schule Unterbach hat sich seit Juli 2025 bewusst nicht öffentlich geäussert. Wir haben darauf vertraut, dass konstruktive Gespräche mit der Schulpflege möglich werden und der Konflikt gemeinsam gelöst werden kann.

Erst im November 2025 – zehn Monate nach dem Schliessungsentscheid – fand überhaupt die erste Sitzung mit der gesamten Schulpflege statt.

Kurz danach entschied die Schulpflege, dass sie keine weiteren Gespräche über den Schliessungsentscheid führen will.

Sie ist lediglich bereit, über die Umsetzung der Schliessung zu sprechen – nicht aber über den Entscheid selbst, nicht über die Grundlagen, und nicht über die vielen neuen Fakten, die inzwischen auf dem Tisch liegen.

Da damit klar wurde, dass die Schulpflege substanzielle Gespräche ablehnt und den Entscheid nicht hinterfragen will, legen wir nun alle Fakten offen, die bisher nicht öffentlich waren und die den gesamten Entscheid in einem neuen Licht erscheinen lassen.“

1. Der Schliessungsentscheid basiert auf falschen Investitionskosten

Die Schulpflege begründete ihren Entscheid hauptsächlich mit einer Zahl:

720'000 Franken Investitionskosten.

Diese Zahl wurde gegenüber der Bevölkerung, den Medien und sogar innerhalb der Schulpflege als zwingend dargestellt.

Doch sie war falsch.

1.1 Das pädagogische Konzept wurde uns nicht von der Schulpflege übergeben – wir erhielten es erst durch Dritte

Über Monate hinweg versuchte die IG zu verstehen, wie die Schulpflege auf die Zahl von 720'000 Franken Investitionskosten kam.

Trotz mehrfachen Bitten um Transparenz erhielt die IG nie Unterlagen der Schulpflege, welche diese Zahl belegten oder erklärten.

Erst im Juni 2025 – als uns das pädagogische Konzept aus den Jahren 2016–2018 zugespielt wurde – wurde klar:

- woher die 720'000 Franken stammen
- wie diese Zahl konstruiert wurde
- und dass sie auf einem Konzept basiert, das die Schulpflege selbst gar nie umsetzen wollte

Damit wurde erstmals sichtbar, dass die Schulpflege ihren Schliessungsentscheid auf einer falschen Grundlage und einem nie umgesetzten Konzept aufgebaut hatte.

Bis zu diesem Zeitpunkt war es der IG nicht möglich, die Herkunft der 720'000 Franken nachzuvollziehen – weil die Schulpflege diese entscheidenden Unterlagen nicht herausgab.

1.2 Die Schulpflege wollte dieses Konzept nie umsetzen

Ein entscheidender Punkt:

- Die beiden damaligen Lehrpersonen, weil die Schulpflege das Konzept begraben hatte, bevor es eingeführt wurde.

Damit entfielen sämtliche pädagogischen Zusatzinvestitionen.

1.3 Die Schulpflege kommunizierte trotzdem öffentlich die 720'000 Franken als zwingenden Aufwand

Dies führte:

- bei Eltern zu Verunsicherung
- in der Bevölkerung zu falschen Vorstellungen
- in der Politik zu Fehlannahmen

Der Kern der Begründung war damit ein politisch erzeugtes Konstrukt, keine reale Notwendigkeit.

1.4 Die realen Kosten betragen 287'000 Franken

Die IG analysierte mit Fachleuten die real erforderlichen Unterhalts- und Sanierungsarbeiten:

→ **287'000 Franken**

Nicht mehr.

Nicht weniger.

Sachlich begründet – im Gegensatz zur politischen Zahl der Schulpflege.

1.5 Damit fehlt dem Schliessungsentscheid die sachliche Grundlage

Da die Schulpflege ihre Entscheidung auf falsche Kosten stützte, ist dieser Entscheid:

- inhaltlich falsch
- strategisch falsch
- politisch nicht haltbar
- für die Bevölkerung irreführend
- und verwaltungsrechtlich fragwürdig

2. 2023–2024: Die IG warnte früh – wurde aber systematisch ignoriert

2023 setzte die Schulpflege die Arbeitsgruppe „zentral vs. dezentral“ ein, um über die Zukunft der Aussenwachtenschulen zu beraten.

2.1 Die IG suchte sofort den Kontakt

Die IG:

- bat mehrfach um Anhörung
- wollte ihre jahrzehntelange Erfahrung einbringen
- informierte über historische Entwicklungen
- warnte vor Schnellschüssen
- verlangte, dass alle Fakten gehört werden
- verhinderte, „vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden“

Doch:

2.2 Die Schulpflege verweigerte jede Anhörung

Über ein Jahr lang:

- keine Einladung
- keine Rücksprache
- keine Gesamtsitzung
- keine Berücksichtigung der IG-Fakten

2.2.1 Die Schulpflege erkennt bis heute die Dimension ihres eigenen Entscheids

Ein weiterer zentraler Punkt ist, dass die Schulpflege bis heute nicht verstanden hat, dass es bei Unterbach nicht um die Schliessung einer einzelnen Klasse geht, sondern um die Schliessung eines ganzen Schulhauses in einer Aussenwacht.

Eine Aussenwacht ist keine „Schulklasse“. Eine Aussenwacht ist ein lebendiger Teil der Gemeinde, mit Familien, Tradition, Gemeinschaft, Infrastruktur und Identität. Dieses grundlegende Verständnis fehlt der Schulpflege bis heute.

Obwohl in ihrem eigenen Schliessungsprotokoll steht, dass bei einer Schliessung die gesamte Aussenwacht — nicht nur einzelne Eltern — anzuhören sei, wurde dies nie getan:

- Die Bevölkerung wurde nie eingeladen.
- Eine Versammlung im Januar 2025 in der Aussenwacht Unterbach, wurde durch die Schulpflege verweigert.

-
- Es gab keine Anhörung der Betroffenen.
 - Es gab keinen Dialog auf Augenhöhe.
 - Es gab keine gemeinsame Auslegeordnung.

Mit der IG wurde *nur* unter massivem Druck gesprochen und selbst dann wurden Gespräche torpediert oder abgebrochen.

Mit den Eltern fanden zwar zwei Anlässe statt, aber ohne klare Aussagen, ohne Strategie und ohne Antworten.

*****Die Schulpflege hat die Tragweite des Entscheids nie verstanden: Sie behandelte die Schliessung eines ganzen Schulhauses, als wäre es die Auflösung eines einzelnen Klassenzugs.***** Dieses Missverständnis prägt das Verhalten der Schulpflege bis heute – und erklärt die fehlende Sensibilität, die fehlende Planung und die fehlende Kommunikation.

2.3 Die IG verfügte über 20–30 Jahre Erfahrung – die Schulpflege war grösstenteils neu

Viele Schulpflegemitglieder:

- kannten die Aussenwachen schlecht
- kannten frühere Prozesse nicht
- hatten keine Erfahrung mit Unterbach
- wussten wenig über historische Entwicklungen

Die IG dagegen war über Jahrzehnte eng in die Entwicklung eingebunden.

2.4 Die Arbeitsgruppe wurde von einer Schulpflegerin geleitet, die neu im Amt war

Dies war ein organisatorischer Fehler:

- Die Leiterin der zentralen Arbeitsgruppe war neu gewählt
- Sie kannte die historische Ausgangslage nicht
- Sie hatte kaum Erfahrung
- Sie wurde ohne Wissensbasis in ein strategisches Schlüsselthema gesetzt

Damit wurde der Grundstein für einen uninformierten Entscheid gelegt.

3. Ein Entscheid ohne Schulraumstrategie – und ein Jahr später gibt es sie immer noch nicht

Der grösste organisatorische Fehler der Schulpflege:
Sie schloss die Schule Unterbach, ohne überhaupt zu wissen, wohin die Unterbacher Kinder sollen.

3.1 Der Entscheid vom 5. Dezember 2024 fiel ohne Schulraumplanung

Es lagen:

- keine Kapazitätsanalysen
- keine Prognosen
- keine Varianten
- keine Zukunftsszenarien
- keine Zahlen
- und keine Elternanhörung

vor.

3.2 Erst im August 2025 wurden 85'000 Franken für eine externe Schulraumstrategie von der Schulpflege beschlossen

Monate nach dem Entscheid verkündete die Schulpflege:

„Wir erstellen jetzt eine Schulraumstrategie.“

Kostenpunkt: 85'000 Franken, extern.

Das zeigt deutlich:

- Der Entscheid war voreilig.
- Die Strategie wurde erst nachträglich gebaut.
- Die Reihenfolge war komplett falsch.

Der Entscheid, die Schule Unterbach zu schliessen, fiel ohne vorherige Schulraumplanung – erst ca. 7 Monate später wurde eine Schulraumstrategieplanung beschlossen und dazu Gelder von CHF 85'000.- gesprochen

3.3 Die Eltern wurden in der Luft hängen gelassen

An zwei Elternabenden konnte die Schulpflege die zentrale Frage nicht beantworten:

„Wohin kommt mein Kind nächstes Jahr?“

Bis heute:

- kein Entscheid
- kein Konzept
- kein Plan

-
- nur: „Wir führen Einzelgespräche.“

Dies zeigt, dass nach einem Jahr immer noch keine Schulraumstrategie existiert.

3.4 Wernetshausen ist überfüllt – und trotzdem soll es Kinder aufnehmen

Die Lage heute:

- Klassen platzen aus allen Nähten
- Kinder aus Wernetshausen werden bereits nach Ringwil verschoben
- Und trotzdem sollen vermutlich Unterbacher Kinder nach Wernetshausen hingeschickt werden

Dies ist organisatorisch nicht haltbar.

4. Warum dieser Entscheid wirklich gefällt wurde – das Finanzproblem der Schulpflege

Wir als IG haben uns über Monate immer wieder dieselbe Frage gestellt:

Warum wollte der Schulpräsident diesen Entscheid unbedingt durchdrücken – und warum begründet er ihn mit „Sparen“, obwohl die Zahlen das Gegenteil zeigen?

Wenn man die letzten zwei Jahre betrachtet, wird das Bild klar.

4.1 Die Schulgemeinde Hinwil hatte ein massives Budgetproblem

Im Dezember 2024 kam es zum ersten öffentlich sichtbaren Höhepunkt:

- Die Schulpflege beantragte 10 Steuerprozent Erhöhung.
- Das Budget wurde abgelehnt.
- Die Gemeinde stand plötzlich budgetlos da.

Im März 2025 folgte der nächste Versuch:

- Neue Vorlage, diesmal 7 Prozent Steuererhöhung.
- Auch dieses Budget wurde klar abgelehnt.
- Am Ende musste der Regierungsrat das Budget festsetzen.

Die Botschaft des Stimmbürgers war unmissverständlich:
„Wir wollen nicht mehr zahlen – wir wollen, dass ihr spart.“

Doch statt die eigenen Strukturen zu prüfen, suchte die Schulpflege ein Symbol, um der Bevölkerung zu zeigen:
„Schaut, wir tun etwas.“
Und dieses Symbol war die Schule Unterbach.

4.2 Die Kommunikation an der Budget-GV war katastrophal

An der Versammlung im Dezember 2024 zeigte sich deutlich:

- Der Schulpräsident wirkte überfordert
- Die Kommunikation war unsicher
- Die Argumente waren oberflächlich
- Das Vertrauen in die Führung sank spürbar

Hier entstand das Bedürfnis, der Bevölkerung „Sparmassnahmen“ zu präsentieren – egal ob sie wirklich sparen oder nicht.

4.3 Die Schliessung Unterbach sollte als Sparmassnahme verkauft werden

Was auf den ersten Blick logisch klingt, ist in Wahrheit – wie wir nun wissen – finanziell falsch:

- Die Schule Unterbach ist kostengünstig
- Die Schliessung verursacht jährlich Mehrkosten von ca. 250'000 Franken
- Die Schulpflege hat das nie offengelegt
- Die falschen 720'000 Franken Investitionskosten wurden als Spar-Argument instrumentalisiert

Der Schulpräsident hat offensichtlich nicht damit gerechnet, dass die Aussenwacht Unterbach sich wehrt – und dass Fakten ans Licht kommen.

4.4 Die wahren Kostentreiber liegen ganz woanders

Die IG hat analysiert, wo die grossen Kosten wirklich entstehen:

a) Verwaltungsaufbau

In den letzten Jahren wurden zwei neue Kaderstellen geschaffen:

- Leitung Bildung
- Leitung Sonderpädagogik

Nebst den bestehenden Schulleitungen. Diese erzeugen jährlich über 400'000 Franken Kosten.

Parallel dazu wurde die Schulpflege von 13 auf 5 Mitglieder reduziert – doch die Entschädigung blieb nahezu gleich.

Weniger Miliz – mehr Verwaltung – höhere Kosten.

b) Sonderpädagogik – seit 10–15 Jahren explodierend

Die Kosten im Bereich Sonderpädagogik:

- steigen massiv
- sind zu einem zentralen Kostentreiber geworden
- belasten das Budget jährlich stärker

Und genau hier liegt der entscheidende Punkt:

Wenn man Aussenwachtenschulen schliesst, steigen diese Kosten noch viel stärker.

Denn:

- grössere Klassen
- instabilere Gruppen
- längere Schulwege
- mehr Übergangssituationen
- mehr Kinder in Sonderschulungen

- mehr Therapiebedarf
- mehr Unterstützungspersonal

→ All das führt zu explodierenden Kosten, nicht zu Einsparungen. Die Schulpflege hätte das wissen müssen.

4.5 Die Schulschliessung ist keine Sparmassnahme – sondern ein Kostenverstärker

Wenn man eine Schule wie Unterbach schliesst:

- steigen die Sonderpädagogikkosten
- steigen die Transportkosten
- steigen die Betreuungskosten
- steigen die Raumkosten an anderen Standorten
- entstehen Zuteilungsprobleme
- und die Verwaltung wächst weiter

Unterbach war nie ein Problemstandort.
Es war ein Standort, der Kosten gedämpft hat –
keine Kosten verursacht.

5. Die Mediation – ein Jahr voller Blockaden

5.1 Juni 2025 – Mediation und Stillhalteabkommen beschlossen

Eine echte Chance auf einen gemeinsamen Weg.

5.2 Juli 2025 – Die erste „Mediation“ war eine Scheinveranstaltung

Es erschienen:

- der Schulpräsident
- eine einzelne Schulpflegerin
- der Leiter Bildung

Schlimmer jedoch:

4.2.1 Viele Schulpflegemitglieder kannten die Entscheidungsgrundlagen nicht

Die IG stellte fest:

- Ein Schulpfleger wusste nichts vom pädagogischen Konzept
- Andere kannten zentrale Unterlagen nicht
- Der Wissensstand war ungleich
- Der Entscheid wurde nicht breit abgestützt

Damit war klar:

- Eine echte Mediation war unmöglich.
- Die Behörde war schlecht geführt.
- Der Präsident hielt Wissen zurück.

5.3 Erst Ende Oktober – 288 Tage nach dem Entscheid – fand eine echte Mediation statt

Doch schon im Vorfeld versuchte der Präsident:

- die Mediation zu verwässern
- sie als „Moderation“ darzustellen
- die Diskussion zu steuern

Die IG legte erstmals alle Fakten offen:

- falsche Kostenbasis
- nie umgesetztes Konzept
- fehlende Strategie
- Widersprüche in den Schülerzahlen
- organisatorische Fehler

5.4 Nach der Mediation mussten beide Seiten entscheiden, wie es weitergeht

In der Mediation (Ende Oktober) wurden erstmals ALLE Fakten offen auf den Tisch gelegt. Dadurch entstand zum ersten Mal überhaupt eine Grundlage, damit beide Seiten entscheiden konnten:

- Will man gemeinsam weiterarbeiten?
- Will man den Entscheid nochmals prüfen?
- Will man Arbeitsgruppen bilden?
- Gibt es Optionen für einen Neuanfang?

Die Schulpflege hat aber diese Chance nicht genutzt und stattdessen kurz darauf den Dialog abgebrochen.

6. Die Schulpflege brach den Dialog endgültig ab – genau in dem Moment, als Lösungen auf dem Tisch lagen

Trotz der umfassenden Offenlegung aller Fakten durch die IG, trotz des fairen und demokratischen Vorschlags, den Schliessungsentscheid der Gemeindeversammlung vorzulegen, und trotz der gemeinsamen Vereinbarung an der Mediation, dass beide Seiten nun prüfen sollen, wie es weitergehen kann, entschied die Schulpflege, sämtliche weiteren Gespräche abzuberechen.

Dieser Abbruch erfolgte:

- ohne Rückfragen,
- ohne inhaltliche Auseinandersetzung,
- ohne Prüfung des IG-Lösungsvorschlags,
- ohne den Versuch, Verantwortung zu übernehmen,
- und ohne den Willen, den Konflikt zu lösen.

Stattdessen erklärte die Schulpflege schriftlich, dass sie „keine Grundlage“ für weitere Dialoge über den Schliessungsentscheid sehe – und lediglich bereit sei, noch über die Abwicklung der Schliessung zu sprechen.

Damit wurde eindeutig sichtbar:

Die Schulpflege wollte keinen Dialog über den Entscheid selbst – nur noch über dessen Vollzug.

*Dieses Verhalten steht im offenen Widerspruch zu den eigenen öffentlichen Aussagen, man wolle „den Dialog pflegen“.
Ein Dialog, der nicht über die Sache geführt werden darf, ist jedoch keiner.
Der Dialog wurde nicht beendet, weil die Positionen unüberbrückbar wären –
der Dialog wurde beendet, weil die Fakten gegen den Schliessungsentscheid sprechen.*

6.1 Die Rekurrenten und die IG hätten den Rekurs jederzeit sistiert – wenn echte Gespräche möglich gewesen wären

Ein Punkt ist für die Öffentlichkeit besonders wichtig:

Die Rekurrenten wie auch die IG haben seit März mehrfach und klar gesagt, dass sie den Rekurs sofort sistieren würden, wenn die Schulpflege bereit wäre, echte, vollständige und offene Gespräche zu führen.

Diese Gesprächsbereitschaft wurde von unserer Seite:

- an mehreren Sitzungen
- per Mail
- in persönlichen Gesprächen
- und im Rahmen der Mediation immer wieder ausdrücklich betont.

Doch die Schulpflege lehnte dies jedes Mal kategorisch ab.
Statt den Dialog zu ermöglichen, verwies der Schulpflegepräsident konsequent auf das „laufende Verfahren“ – ein Verfahren, das in Wahrheit nur deshalb weiterläuft, weil die Schulpflege *selbst* Gespräche verweigert.

Damit wurde klar:

Der Rekurs ist nicht das Hindernis für den Dialog.
Die Schulpflege ist es.
Der Rekurs hätte längst sistiert werden können –
wenn die Schulpflege Gespräche gewollt hätte.

7. Der Rekurs – und die erneute Verweigerung der Schulpflege

Nach dem Entscheid des Bezirksrats haben die beiden privaten Rekurrenten den Fall an das Verwaltungsgericht weitergezogen.

Auch hier zeigte sich erneut die vollständige Gesprächsverweigerung der Schulpflege.

7.1 Rekurrenten boten mehrfach Sistierung an – die Schulpflege lehnte jedes Mal ab

Die Rekurrenten – unterstützt durch die IG – schrieben der Schulpflege mehrmals schriftlich, dass sie bereit seien, den Rekurs sofort zu sistieren, wenn substantielle Gespräche über den Schliessungsentscheid geführt würden.

Diese Angebote wurden:

- mehrfach
- schriftlich
- über ein ganzes Jahr hinweg

unterbreitet.

Die Schulpflege lehnte jedes Mal ab. Sie bestand darauf, *nicht über den Entscheid selbst zu sprechen* und verweigerte jede inhaltliche Diskussion.

7.2 Schulpflege versucht das Verfahren zu beschleunigen – um inhaltliche Klärung zu verhindern

Statt auf die Angebote einzugehen, hat die Schulpflege beim Verwaltungsgericht beantragt:

- dem Rekurs die aufschiebende Wirkung zu entziehen
- das Verfahren abzukürzen

Die Begründung der Schulpflege lautet, man sei „zeitlich in Bedrängnis“ bei der Schülerzuteilung.

Doch diese Bedrängnis ist nicht durch den Rekurs entstanden, sondern durch die Schulpflege selbst:

- Ein Jahr nach dem Entscheid
- Gibt es keinerlei Plan, wohin die Unterbacher Kinder kommen sollen
- Es existiert keine Schulraumstrategie
- Es existiert keine Zuteilungsstrategie
- Und es fand kein einziges substantielles Gespräch über Alternativen statt

Es ist offensichtlich, dass die Schulpflege nun versucht, das Verfahren zu verkürzen, um *eine inhaltliche Diskussion über die Fehler des Entscheids zu vermeiden*.

7.3 Der Versuch, den Rekurs abzuwürgen

Indem die Schulpflege die aufschiebende Wirkung entziehen will, soll das Gericht gezwungen werden, den Schliessungsentscheid voreilig zu bestätigen, bevor die gravierenden inhaltlichen Probleme überhaupt geprüft werden.

Damit wird klar:

Das Problem ist nicht der Rekurs.
Das Problem ist, dass die Schulpflege jede inhaltliche Auseinandersetzung verweigert – im Gespräch, in der Mediation und nun auch vor Gericht.

8. Weitere gravierende Widersprüche und Fehlbegründungen

8.1 Schülerzahlen – das Narrativ „Unterbach hat zu wenig Kinder“ ist falsch

Immer wieder kommunizierte der Schulpflegepräsident in der Öffentlichkeit Schülerzahlen, die nicht dem realen Bestand entsprachen.

Teilweise nannte er:

- 11 Schülerinnen und Schüler
- 14 Schülerinnen und Schüler

Diese Zahlen entstanden durch eine selektive Darstellung, bei der gezielt nur die Kinder berücksichtigt wurden, die ins nächste Schuljahr *weiterziehen* (z.B. in die Oberstufe), während die Kinder, die gleichzeitig neu in die 1. Klasse eintreten würden, einfach nicht eingerechnet wurden.

So konnte die Schulpflege künstlich tiefere Zahlen präsentieren und damit öffentlich das Bild einer „schrumpfenden Schule“ erzeugen — obwohl die effektive Realität eine ganz andere ist:

- 2023/24: 20 Schülerinnen und Schüler
- 2024/25: 17 Schülerinnen und Schüler
- 2025/26: 18 Schülerinnen und Schüler (ohne Zuzüge von ausserhalb)

Diese bewusste Ausblendung der neuen Erstklässler führte dazu, dass der Schulpflegepräsident öffentlich Zahlen kommunizierte, die nicht den *korrekten, tatsächlichen* Schülerinnen- und Schülerbestand zeigten, sondern ein verzerrtes Bild — und damit die Entscheidungsgrundlage für die Schliessung falsch erscheinen liessen.

Zusätzlich wurden bei der Berechnung oft bewusst die Unterbacher Kinder aus der Gemeinde Wald weggelassen. Dies ist nur dann korrekt, wenn die Schule *geschlossen* wird. Für die Beurteilung, ob Unterbach offen bleiben soll, ist diese Weglassung jedoch eine klare Verzerrung, weil diese Kinder seit Jahren den realen Bestand der Schule Unterbach mittragen.

Die Schulpflege ignorierte zudem, dass auch in der Bachtelschutzzone neue Wohnungen entstehen und bestehende Häuser zusätzliche Wohnungen erhalten.

→ Die Schülerzahlen sind nicht rückläufig, sondern real stabil bis zunehmend.

Die Realität:

- 2023/24: 20 Schülerinnen und Schüler
- 2024/25: 17 Schülerinnen und Schüler (Rückgang wegen angekündigter Schliessung)
- 2025/26: 18 Schülerinnen und Schüler aus dem eigenen Einzugsgebiet

Unterbach hat damit:

- so viele Kinder wie seit 40 Jahren nicht mehr
- stabile Prognosen
- einen konstanten Bedarf
- eine hohe Nachfrage in der Bevölkerung

Der Rückgang auf 17 Kinder ist ein Folgeeffekt der drohenden Schliessung – nicht ein strukturelles Problem.

8.2 Das Argument „Andere Aussenwachten werden gestärkt“ ist widersprüchlich

1. Die Schliessung erzeugt Mehrkosten (ca. 250'000 Fr. pro Jahr)
Dadurch werden alle Schulen geschwächt.
2. Der Schulpräsident sprach öffentlich von einem zentralen Grossschulhaus auf dem Gemeindeplatz – er ist auch in der Arbeitsgruppe zur Gestaltung des Gemeindeplatzes dabei.
Das widerspricht jeder Stärkung der Aussenwachten.
3. Investitionen werden auch in anderen Aussenwachten hinausgeschoben
Das ist kein Zeichen für Stärkung – sondern für Abbau.

8.3 Die Schliessung ist teurer als der Weiterbetrieb

Die IG hat nachgewiesen:

→ Die Schliessung kostet jährlich ca. 250'000 Franken mehr.

Gründe:

- mehr Sonderpädagogik – auch durch Aufstockung von Klassengrössen
- mehr externe Sonderschulungen
- mehr Transportkosten
- organisatorische Zusatzkosten
- raumplanerische Übergangslösungen
- Wegfall lokaler Synergien
- Probleme in überfüllten Schulhäusern

Dies wurde von der Schulpflege ignoriert.

8.4 Die Schulpflege bekämpft den Rekurs nicht inhaltlich – sondern nur formal

Bis heute versucht die Schulpflege nicht, ihren Entscheid zu verteidigen.

Sie behauptet einzig:

„Die Rekurrenten seien nicht legitimiert.“

Dies zeigt deutlich:

→ Die Schulpflege hat keine sachlichen Argumente.

-
- Sie kann ihren Entscheid nicht verteidigen.
 - Sie flüchtet in Formaljuristik.

9. Zwei Punkte, die uns besonders betroffen machen

9.1 Erstens: Die Schulpflege – und insbesondere der Schulpräsident – wollten nie mit uns reden

Jahre lang:

- keine echte Einladung
- keine offene Gesprächsbereitschaft
- keine Anhörung
- keine Transparenz

Das Verhalten des Schulpflegepräsidenten war:

- abweisend
- ausgrenzend
- blockierend
- weder dialogbereit noch lösungsorientiert

Das ist demokratisch fragwürdig und menschlich enttäuschend.

9.2 Der Entscheid beruhte auf falschen Behauptungen und nicht auf Fakten

Es ist schwer verständlich, dass eine Schule, die:

- 170 Jahre erfolgreich funktionierte
- Kindern nachweislich Vorteile bot
- pädagogisch hochwertige Arbeit leistete
- eine starke Gemeinschaft bildete
- und für die Gemeinde ein Gewinn war,

auf Basis von falschen Zahlen, falschen Annahmen und widersprüchlichen Argumenten geschlossen wurde.

10. Schlussfolgerung: Der Schliessungsentscheid ist inhaltlich falsch, demokratisch falsch und organisatorisch falsch

Die IG kommt zum Schluss:

1. Der Entscheid basiert auf falschen Kosten.
2. Die Bevölkerung wurde nicht einbezogen.
3. Es gibt bis heute keine Schulraumstrategie.
4. Die Schulpflege war schlecht informiert.
5. Die Mediation wurde verhindert und abgebrochen.
6. Der Rekurs wird nur formal bekämpft – nicht inhaltlich.
7. Die Schliessung verursacht Mehrkosten.
8. Die IG hat Lösungen angeboten – die Schulpflege hat sie blockiert.

„Unsere Kritik richtet sich nicht an die Schulpflege als Behörde.
Wir wissen, dass viele Mitglieder erst kurz im Amt sind und nicht alle Fakten kannten.
Unsere Kritik richtet sich an die Art, wie der Präsident den Entscheid herbeigeführt,
kommuniziert und verteidigt hat.“

11. Wie weiter? – Der klare Weg der IG Schule Unterbach

Trotz des Abbruchs der Gespräche durch die Schulpflege geht die IG Schule Unterbach ihren Weg verantwortungsvoll und konstruktiv weiter:

1. Wir bleiben im Dialog – sobald echter Dialog möglich ist.

Die IG steht jederzeit bereit für ein erneutes Gespräch, sofern die Schulpflege bereit ist, auf korrekter Faktenbasis und auf Augenhöhe zu diskutieren.

2. Die Rekkurenten halten am Rekurs fest, bis die falsche Entscheidungsgrundlage korrigiert wird.

Solange die Schulpflege ihren Entscheid auf falsche Kosten, falschen Zahlen und fehlender Planung stützt, bleibt das Verfahren notwendig.

3. Wir leiten eine Einzelinitiative ein.

Wir starten eine Einzelinitiative, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Hinwil selbst über die Schliessung der Schule Unterbach entscheiden können.

Ein Entscheid dieser Tragweite gehört demokratisch legitimiert und darf nicht durch ein Gremium gefällt werden, das weder die Bevölkerung noch die Aussenwacht angehört hat.

4. Wir verlangen die Anhörung der gesamten Aussenwacht-Bevölkerung.

Die Schulpflege hat dies in ihrem eigenen Protokoll festgehalten – getan hat sie es nie.

Die Schliessung eines ganzen Schulhauses betrifft die gesamte Aussenwacht Unterbach.

5. Wir setzen uns für die Kinder ein – nicht für ein Gebäude.

Wir kämpfen für Lösungen, die schulisch, pädagogisch, sozial und finanziell sinnvoll sind – und die den Kindern nicht schaden.

6. Wir werden weiterhin transparent informieren.

Wir legen die Fakten offen, damit Hinwil versteht, was wirklich geschieht – und welche Verantwortung die Schulpflege trägt.

Damit ist klar:

Die IG und die Bevölkerung der Aussenwacht Unterbach, Orn und Unterhaus, arbeitet weiter – sachlich, lösungsorientiert und für die Zukunft der Kinder und der ganzen Aussenwacht Unterbach und schlussendlich zum Wohle der Gesamtgemeinde Hinwil.

kontakt@hinwil.info
www.hinwil.info

Hinwil, 25. November 2025

Stand der Informationen: November 2025. Änderungen vorbehalten.

Alle Informationen in diesem Bericht wurden sorgfältig recherchiert und nach bestem Wissen geprüft. Sollten einzelne Sachverhalte aufgrund neuer Dokumente oder behördlicher Klarstellungen anders zu würdigen sein, wird die IG diese selbstverständlich transparent ergänzen.

12. Entwicklungen seit dem 25. November 2025 – was seither zusätzlich geschehen ist

12.1 Ein Entscheid ohne Grundlage – und trotzdem wird er weiter durchgezogen

Seit dem Stand dieses Dossiers vom 25. November 2025 haben sich mehrere zentrale Punkte weiter geklärt. Gleichzeitig hat sich die Situation in verschiedener Hinsicht zugespitzt. Was sich bereits Ende November 2025 abzeichnete, bestätigt sich seither immer deutlicher: Der Schliessungsentscheid zur Schule Unterbach beruht nicht auf einer sauberen, transparenten und inhaltlich tragfähigen Grundlage, sondern auf unvollständigen, teilweise widersprüchlichen und politisch aufgeladenen Begründungen. Neu hinzu kommt, dass die Schulpflege trotz laufender Verfahren und trotz neuer Fakten die Umsetzung der Schliessung weiter vorantreibt, anstatt den Entscheid nochmals offen zu prüfen.

12.2 720'000 Franken – die zentrale Begründung zerfällt vollständig

Bereits im bisherigen Dossier wurde dargelegt, dass die behaupteten Investitionskosten von 720'000 Franken den Kern der öffentlichen Begründung der Schulpflege bildeten. Seit November 2025 hat sich dieser Punkt noch weiter geklärt. Inzwischen ist deutlicher denn je, dass diese Zahl nicht den effektiven, heute real notwendigen Unterhalts- und Sanierungskosten des Schulhauses Unterbach entspricht, sondern aus einem alten pädagogischen Konzept stammt, das nie umgesetzt wurde. Gerade dieser Punkt ist von grosser Tragweite. Denn wenn der Hauptgrund für eine Schulschliessung in der Öffentlichkeit mit hohen Investitionskosten begründet wird, diese Kosten aber auf einem Konzept beruhen, das in der Realität nie zur Anwendung kam, fällt die sachliche Grundlage des Entscheids in sich zusammen.

12.3 Die Argumentation kippt – aber eine Erklärung bleibt aus

Hinzu kommt, dass sich die Kommunikation der Schulpflege im Laufe der Zeit verändert hat. Während früher sehr stark mit der Zahl von 720'000 Franken operiert wurde, tauchen später in der öffentlichen Kommunikation plötzlich allgemeinere Begriffe wie „Sanierungsbedarf“, „Reparaturkosten“ oder „Belastung der finanziellen Möglichkeiten“ auf. Gerade diese Verschiebung ist bezeichnend. Denn sie zeigt, dass die ursprüngliche Begründung nicht mehr mit derselben Klarheit aufrechterhalten werden kann. Würde die Schulpflege über eine saubere und nachvollziehbare Kostenbasis verfügen, müsste sie diese offenlegen und konsistent vertreten. Stattdessen verändert sich die Argumentation, ohne dass transparent erklärt wird, weshalb frühere Aussagen nicht mehr in derselben Form aufrechterhalten werden. Für die Bevölkerung entsteht so der Eindruck, als sei die Schulschliessung sachlich zwingend gewesen, obwohl die tragenden Zahlen und Begründungen laufend ihre Gestalt ändern.

12.4 Schulraum wird knapp – und genau dieser wird geschlossen

Seit dem 25. November 2025 ist zudem noch deutlicher sichtbar geworden, wie problematisch der Entscheid auch aus schulorganisatorischer Sicht ist. Während Unterbach geschlossen werden soll, verschärft sich gleichzeitig die Schulraumsituation an anderen Standorten. Es wird immer offensichtlicher, dass in Hinwil in verschiedenen Aussenwachten und Schulhäusern ein wachsender Raumbedarf besteht. Klassen sind voll, Räume müssen anders genutzt oder umfunktioniert werden, und an einzelnen Standorten werden bereits Übergangs- und Provisoriumslösungen nötig. Gerade in dieser Lage wirkt es sachlich kaum nachvollziehbar, funktionierenden Schulraum in Unterbach aufzugeben. Wenn eine Gemeinde auf der einen Seite über Platzprobleme, Schulraumstrategien und wachsenden Bedarf spricht, auf der anderen Seite aber einen bestehenden Schulstandort schliesst, dann passt dies weder planerisch noch politisch zusammen.

12.5 Mehr Kinder, mehr Bedarf – aber weniger Schulraum

Erschwerend kommt hinzu, dass die übergeordnete Entwicklung der Gemeinde in dieselbe Richtung weist. Es wird öffentlich von einem erheblichen Bevölkerungswachstum ausgegangen. Auch dadurch wird der künftige Schulraumbedarf nicht kleiner, sondern grösser. Wenn also heute bereits Engpässe bestehen und gleichzeitig für die Zukunft mehr Kinder und mehr Schulraumbedarf zu erwarten sind, erscheint die Aufgabe eines bestehenden Schulstandorts nicht als vorausschauende Schulpolitik, sondern als planerischer Widerspruch.

12.6 Umsetzung trotz laufendem Verfahren – Fakten werden geschaffen

Seit Ende 2025 wurde ausserdem sichtbar, dass die Schulpflege trotz laufender Verfahren begonnen hat, die Schliessung praktisch umzusetzen. Eltern wurden über künftige Zuteilungen ihrer Kinder informiert, neue Einteilungen wurden vorbereitet, und insgesamt wurde so kommuniziert, als könne die Schliessung nun einfach vollzogen werden. Gerade dieser Punkt ist heikel. Denn zu diesem Zeitpunkt war der Rechtsweg nicht abgeschlossen. Das Verfahren war noch hängig, und zentrale Fragen – insbesondere mit Blick auf die weitere rechtliche Behandlung und die aufschiebende Wirkung – waren noch nicht abschliessend geklärt. Trotzdem wurde bereits so gehandelt, als sei der Entscheid endgültig und unumkehrbar. Damit entsteht der Eindruck, dass die Schulpflege nicht nur verwaltungstechnisch plant, sondern aktiv Tatsachen schaffen will, bevor die Sache rechtlich und inhaltlich endgültig beurteilt worden ist.

12.7 Die Schliessung läuft bereits – obwohl sie noch gar nicht entschieden ist

Auch bei den Lehrpersonen und den künftigen schulischen Strukturen zeigt sich dieses Muster. Es wurde bereits mit künftigen Zuteilungen, Klassenführungen und organisatorischen Anschlusslösungen gearbeitet, obwohl das Verfahren weiterlief und obwohl die zentrale Streitfrage – ob der Schliessungsentscheid sachlich überhaupt richtig und haltbar ist – gerade nicht geklärt war. Das verstärkt den Eindruck, dass die Behörde den Entscheid möglichst früh faktisch vollziehen will, um die spätere Rückkehr zu einer offenen Prüfung zu erschweren.

12.8 Widerstand wächst – weil die Fakten nicht beantwortet werden

Parallel dazu ist auch der demokratische und rechtliche Druck weiter gestiegen. Es blieb nicht bei der bereits bekannten Petition und den bisherigen Verfahren. Vielmehr wurden zwei zusätzliche Aufsichtsbeschwerden und eine Einzelinitiative eingereicht, neue politische Schritte vorbereitet und weitere Eingaben gemacht. Das zeigt, dass der Widerstand gegen die Schliessung nicht etwa auf einem kurzen emotionalen Aufschrei beruhte, sondern über viele Monate hinweg anhielt, sich vertiefte und durch neue Fakten zusätzlich gestützt wurde. Auch dies ist ein wichtiges Element für die Gesamtbeurteilung: Wo sich Widerstand trotz langem Verfahren, trotz Belastung und trotz Blockade weiter verstärkt, liegt die Ursache in der Regel nicht in blosser Emotionalität, sondern darin, dass sich die Betroffenen sachlich nicht ernst genommen fühlen und weiterhin gewichtige inhaltliche Gründe sehen.

Fazit: Der Entscheid wird schwächer – aber nicht hinterfragt

Damit ergibt sich für die Zeit seit November 2025 ein klares Bild: Nicht nur die ursprünglichen Schwächen des Entscheids sind geblieben, sondern neue Entwicklungen haben diese Schwächen weiter offengelegt. Die Kostenbasis wurde noch fragwürdiger. Die Widersprüche in der Kommunikation wurden sichtbarer. Die Schulraumsituation spricht noch weniger für eine Schliessung. Gleichzeitig treibt die Schulpflege die Umsetzung voran, ohne die offenen materiellen Fragen nochmals ehrlich zu prüfen. Insgesamt hat sich die Position der IG Schule Unterbach seit November 2025 deshalb nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil weiter bestätigt.

kontakt@hinwil.info
www.hinwil.info

Hinwil, 31.03.2026

Stand der Informationen: März 2026. Änderungen vorbehalten.

Alle Informationen in diesem Bericht wurden sorgfältig recherchiert und nach bestem Wissen geprüft. Sollten einzelne Sachverhalte aufgrund neuer Dokumente oder behördlicher Klarstellungen anders zu würdigen sein, wird die IG diese selbstverständlich transparent ergänzen.